



Bunte Linke, Hilde Stolz
Beschluss zum Doppelhaushalt 2021/22
am 24.06.2021

Entwurf HH-Rede 2021/22 – Beschluss Haushalt:

Sehr geehrte Stadtspitze,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe sonst noch Anwesende und Zugeschaltete aus Verwaltung, Bürgerschaft und Presse.

Als Vertreterin der Bunten Linken habe ich in der interfraktionellen Gruppe mitgewirkt. Der vorgelegte Entwurf des Oberbürgermeisters mit seiner sehr hohen Neuverschuldung machte den Auftrag von Anfang an nicht leicht.

Unsere grundsätzliche Position als Bunte Linke, dass Entscheidungsmuster und Verwaltungshandeln sich bewegen müssen hin zu „Klimaschutz zuerst“ und mehr Mitbestimmung der Bürgerschaft wird von einer großen Mehrheit der Kolleg*innen nicht geteilt. Das wussten wir von Anfang an. Die Diskussionen bezogen auf unsere Ansätze waren deshalb schwierig. Wir waren aber bereit, uns auf Kompromisse einzulassen, und bis Montag hatte ich noch die Hoffnung, dass wir einem gemeinsamen Änderungspaket zustimmen können und dann auch wegen wesentlicher Verbesserung hinsichtlich der Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen dem Haushaltentwurf.

Zu einem Teil unserer Anträge, die nicht einmal andiskutiert wurden, wurde mir versprochen, dass eine spätere Diskussion im Rahmen von Tagesordnungspunkten wohlwollend sein werde. Es sah auch so aus, als könnten wir uns unseren Zielsetzungen durch Anträge anderer Fraktionen, vor allem der Grünen mehrheitsfähig annähern. Das hat am Ende nicht funktioniert. **Die** Grünen-Anträge, die am meisten in unsere Richtung gingen, sind jetzt ganz raus oder durch Entzug des Geldes marginalisiert.

Als Ergebnis bleibt **uns** nur, doch lieber klar Position zu beziehen. Wir können nicht einem Paket und einem Haushalt zustimmen, worin der Klimawandel nicht ausreichend adressiert ist. Stattdessen legen wir Ihnen und euch unsere allerwichtigsten Punkte nochmals sortiert nach den Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Mitbestimmung und Demokratie, sowie Konferenzzentrum zur Zustimmung vor – finanzielle Mehrbelastungen entstehen hierdurch zunächst nicht. Vielleicht stimmen ja manche meiner Einschätzung der Situation zu und lassen sich nicht durch vermeintlichen Fraktionszwang zu einer schlechten Gesamtentscheidung hinreißen.

Klimaschutz

Zum Thema Klimaschutz und öffentliche Finanzen empfehle ich die Lektüre der RNZ von heute, das erspart mir lange Erklärungen. Mit unserem Antrag Nr. 4 möchten wir eine grundsätzliche Priorisierung städtischen Handelns nach Klimaschutz, Gemeinwohl/Nachhaltigkeit und Daseinsvorsorge festlegen und schon mal über den Produkt- und Leistungsplan eine Richtschnur ziehen. Zwar soll das kommende Stadtentwicklungskonzept das abbilden, doch es dauert noch lange, bis es vorgelegt und ausdiskutiert sein wird. Zu lange.

In der Begründung beschreiben wir, dass nach der Entscheidung des BVerfG ein großes Förderprogramm – Grundlage für die Umsetzung von Maßnahmen – zu erwarten ist.

Die Nachricht gestern, dass die Regierung ein Milliardenprogramm zum Klimaschutz aufgelegt hat, bestätigt unsere Einschätzung von Anfang Mai, dass es gut wäre, sehr schnell konkrete Projektpläne auszuarbeiten. Dazu möchten wir die GGH und die Stadtwerke verpflichten und auch befähigen: Die GGH für Ausbau der Photovoltaik und energetische Sanierung im Bestand, die SWH zur schnelleren Dekarbonisierung des Wärmenetzes. Die Analyse des IFEU-Instituts zum 30-Punkte-Programm bestätigt, dass genau diese Maßnahmen am wirkungsvollsten sind. Trotzdem hält die Mehrheit hier im Raum Finanzierungszusagen dafür für **jetzt** nicht notwendig und möchte Entscheidungen dazu erst viel später treffen. Die Art und Weise, wie die Diskussionen über die Grünen-Anträge hierzu geführt wurden, auch in öffentlicher Sitzung durch den Oberbürgermeister, und jetzt das Ergebnis der „Kompromissfindung“ – ein mehr als fauler Kompromiss – waren entlarvend, aber vor allem sehr enttäuschend angesichts der Dringlichkeit der Klimaschutzfragen.

Wir haben mögliche Indikatoren und Kennzahlen in unseren Anträge benannt – vor allem die CO₂-Bilanzierung. Doch wären wir hier offen, diese und vor allem die Zielgrößen später in demokratischem Diskurs festzulegen, natürlich mit der Expertise der städtischen Mitarbeiter*innen und externer Fachleute.

Ich verweise hier auf meine Ausführungen bei der Einbringung der Änderungsanträge: Alle nicht gesetzlich vorgeschriebenen und/oder für das Gemeinwesen unverzichtbaren Ausgaben müssen hinter Klimaschutzmaßnahmen zurückstehen.



Bunte Linke, Hilde Stolz
Beschluss zum Doppelhaushalt 2021/22
am 24.06.2021

Die Mehrheit der Kolleg*innen wollte jetzt nicht einmal darüber reden, ob eine Definition von Kenngrößen und die Verpflichtung der städtischen Gesellschaften auf Ziele sinnvoll ist und hat lieber hingebungsvoll über kleinere Einzelmaßnahmen für das Änderungspaket diskutiert.

Mitbestimmung und Demokratie

Unsere Anträge zu Mitbestimmung und Demokratiestärkung (ratsinduzierte Bürgerentscheide bei großen Investitionssummen und Stadtteilbudget) wurden von der interfraktionellen Gruppe von Anfang an, ohne inhaltlich darauf einzugehen, rausgekegelt. Es wurde zwar versprochen, das Stadtteilbudget nach TOP-Antrag wohlwollend zu diskutieren, doch sind wir der Meinung, dass jetzt gleich schon mal die finanziellen Eckwerte im Haushalt fixiert werden sollten. Und aus der Schweiz ist bekannt, dass die Abstimmenden bei Bürgerentscheiden viel zurückhaltender mit öffentlichen Mitteln umgehen als ihre gewählten Vertreter. Großprojekte kommen nur in der Variante durch, die eine Mehrheit für sinnvoll und notwendig hält.

Die Gegenfinanzierung zum Stadtteilbudget soll zwischen den Ämtern abgestimmt werden, die die entsprechenden Projekte und Aufgaben sowieso in ihren Produkt- und Leistungsplänen haben. Bisher müssen diese nicht zwingend einen bestimmten Anteil davon jährlich auf die Stadtteile verteilen und auch die Priorisierung nicht mit den Bezirksbeiräten aushandeln. Das ist einfacher für die Ämter, das Stadtteilbudget belebt aber das Engagement vor Ort. Konkretisierungen dazu können durch ausführliche Beratung in den Gremien – natürlich auch in den Bezirksbeiräten - ergänzt werden.

Heftig kritisiert und sogar der Unredlichkeit bezichtigt wurde ich am Montag in der interfraktionellen Gruppe wegen meiner Ausführungen, dass **für die Bunte Linke** eine Neuverschuldung im städtischen Haushalt für Maßnahmen der SWH nicht nur denkbar, sondern sogar in erheblichem Umfang geboten ist – wenn auch für uns noch nicht genau bezifferbar. **Wir** waren über die ganzen Jahre immer diejenigen, die mit am heftigsten gegen Neuverschuldung argumentiert hatten. Das stimmt. Doch die Situation heute ist eine andere als all die Jahre. Und vor allem sind die Verbesserungen im Klimaschutz, die mittels Kapitalerhöhung besser finanziert werden können, **absolut unverzichtbar** und müssen **schnell** erreicht werden. Dabei amortisieren sich die Investitionen sogar innerhalb eines überschaubaren Zeitraums – im Unterschied zum ...

Konferenzzentrum.

Hier sind schon und sollen noch weitere zig Millionen verbaut werden. Wir würden diese lieber bei den Stadtwerken zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung einsetzen. Unser Antrag „Stopp des Konferenzentrums“ ist also mit der Priorität von Klimaschutzmaßnahmen gegenüber Kongresstourismus begründet. Auf unsere konkreten Fragen an die Verwaltung, wie sich ein Stopp finanziell auswirken würde, gab es nur die Auskunft, dass vertraglich die gesamte Laufzeit abgedeckt sei. Doch **was** passiert, wenn in 2 oder 3 Jahren die Stadt die geplanten Betriebskostenzuschüsse nicht mehr bezahlen kann? Es gibt meines Wissens noch keine Idee, wo die vielen benötigten Millionen Euro jährlich denn herkommen sollen. Und dann müssen vielleicht später doch Verträge von hohem Niveau aus rückabgewickelt werden, das könnte man jetzt schon in Angriff nehmen. Für uns gilt: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende – und dann kreative Lösungen für den bis dahin verwirklichten Bestand suchen.

Zur Abmilderung der Corona-Pandemie hat der OB mit Zustimmung durch den Gemeinderat mit vielen teuren Maßnahmen schnell reagiert und auch heute wieder steht ein Beschluss an, der die Ausgabe mehrerer 100 T€ bestätigt. Dazu haben wir bei einer späteren Krise mit Konferenzzentrum im Betrieb absolut keine Mittel mehr!

Unsere Anträge im Bereich Gemeinwesen sind im Wesentlichen im Änderungspaket enthalten, wenn auch nicht in allen Details. Doch das allein genügt nicht, dass wir diesem und dem Haushaltsentwurf zustimmen könnten.

Jetzt wiederhole ich meine Schlussworte aus der Rede zur Einbringung der Änderungsanträge:

Beim Vergleich der städtischen Finanzen mit dem Gesundheitswesen gilt für uns immer noch: zuerst Geld für Therapie aktueller Erkrankungen (Klimawandel entgegen wirken), in zweiter Linie für Prävention (z.B. Stadtteilbudget) und erst ganz zuletzt, wenn was übrig bleibt, für Wellness. In der aktuellen, nicht akzeptablen Verschuldungslage auch bei der mittelfristigen Finanzplanung sollten wir vieles aus dem „Wellness“-Bereich (allem voran das Konferenzzentrum) am besten stoppen.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Es gilt das gesprochene Wort)